



Aktuelle Debatte

Fraktion DIE LINKE

Maßnahmen von Sicherheitsbehörden gegen Corona-Leugner-Demos

Es wird beantragt, zur 55. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt am 19./20. November 2020 eine Aktuelle Debatte zum o. g. Thema durchzuführen.

Begründung

Mit dem Beginn der SARS-CoV-2-Pandemie und den, teils weit in das soziale, kulturelle und wirtschaftliche Leben einschneidenden Maßnahmen, zu ihrer Eindämmung verbreiten extrem rechte Gruppierungen und Medien gezielt Desinformationen über Corona, den Verlauf der Pandemie, die Maßnahmen und ihre Auswirkungen. In den Regionen und Städten in Sachsen-Anhalt finden seit Monaten, wie bundesweit, zahllose Kundgebungen und Aufmärsche statt, die auch rechtsextreme Positionen, verschwörungsideologische Falschinformationen und antisemitische Erzählungen verbreiten. Dabei kommt es immer wieder zu Angriffen auf Journalist*innen und Beobachter sowie Personen, die durch die Angreifenden als politische Gegnerinnen und Gegner definiert werden. Zuletzt griffen Rechtsextreme aus Halle bei einer solchen Kundgebung in Leipzig einen Menschen an. Die dahinterstehenden Gruppierungen, wie etwa die „Bewegung Mitteldeutschland“ radikalieren sich zunehmend und in erheblicher Geschwindigkeit und finden in der AfD ihre rechtsextreme Verbündete im Parlament. In internen Gruppen finden sich Umsturzfantasien, „Fahndungsaufrufe“ nach politischen Gegner*innen, es bilden sich neue Zusammenschlüsse mit und in der extremen Rechten.

Die massive Zunahme von Mobilisierung gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen stellen Gesellschaft, Politik und die Sicherheitsbehörden und Justiz vor erhebliche Herausforderungen. Immer wieder gelingen auch gewaltbereiten Rechtsextremen Erfolge, vor dem Reichstag, zuletzt in Leipzig, auch in Halle. Die rechte Szene sieht sich so zu weiteren Aktionen und Taten motiviert und ermächtigt. Während die allermeisten Menschen derzeit Einschnitte in ihrem Leben hinnehmen um sich und andere zu schützen, während viele Menschen ihr Familienleben und ihre Freizeit neu organisieren müssen und von teils drastischen beruflichen und ökonomi-

(Ausgegeben am 12.11.2020)

schen Folgen betroffen sind, während Ärzt*innen und Pfleger*innen, Laborfachkräfte und Notfallmediziner*innen seit Monaten unter höchster Belastung arbeiten, missachten die Teilnehmenden der Corona-Leugner-Proteste absichtlich Schutzmaßnahmen und schüren Hass und Verachtung gegen Menschen, die versuchen sich in der aktuellen Situation verantwortlich und rücksichtsvoll zu verhalten. Während Behörden bei Personen die etwa vergessen einen Mund-Nasen-Schutz auf Plätzen zu tragen, auf denen das vorgeschrieben ist, regelmäßig Bußgelder verhängen, werden gleichzeitig Auflagen selbst gegen aggressive Versammlungen nicht effektiv durchgesetzt.

Sowohl die wissenschaftsfeindlichen und verschwörungsideologischen Positionierungen, die zu beobachtende zunehmende Radikalisierung als auch die Maßnahmen der Sicherheits- und Ordnungsbehörden im Umgang mit solchen Aktionen und Versammlungen bedürfen einer Debatte des Parlaments.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender